

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Peter Bleser, Marlene Mortler, Gerda Hasselfeldt, Artur Auernhammer, Gitta Connemann, Helmut Heiderich, Ursula Heinen, Uda Carmen Freia Heller, Dr. Peter Jahr, Julia Klöckner, Helmut Lamp, Bernhard Schulte-Drüggelte, Kurt Segner, Jochen Borchert, Klaus Brähmig, Cajus Julius Caesar, Hubert Deittert, Thomas Dörflinger, Ernst Hinsken, Susanne Jaffke, Volker Kauder, Werner Lensing, Dr. Gerd Müller, Eduard Oswald, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Dr. Klaus Rose, Anita Schäfer (Saalstadt), Norbert Schindler, Georg Schirmbeck, Max Straubinger, Volkmar Uwe Vogel und der Fraktion der CDU/CSU

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 15/4801 –**

Agrarpolitischer Bericht 2005 der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die rot-grüne Bundesregierung betreibt seit sieben Jahren eine systematische Schwächung des Agrarstandortes Deutschland. Durch ihre einseitig und ideologisch motivierte Politik verhindert sie, dass die deutschen Bauern ihre bestehenden Potenziale sowie ihre Leistungsbereitschaft und Innovationskraft so auf die veränderten agrar- und handelspolitischen Erforderlichkeiten ausrichten, dass eine nachhaltige Belebung der schwierigen Markt- und Einkommenslage der deutschen Land- und Forstwirtschaft erfolgt. Darüber täuscht auch nicht die im Agrarbericht 2005 ausgewiesene leichte Besserung der Unternehmensergebnisse hinweg. Unter dem Strich dokumentiert auch dieser Agrarbericht das Scheitern der so genannten Agrarwende-Politik. Ein mutiger Neuanfang in der nationalen Agrarpolitik, der die sachlich gerechtfertigten Anliegen des Verbraucher-, Tier- und Umweltschutzes einbezieht, ist daher dringend notwendig.

Die strukturelle und wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft hat sich im Wirtschaftsjahr 2003/2004 nur scheinbar verbessert. In der Endkonsequenz bleibt eine Verschlechterung der Unternehmensergebnisse in den letzten fünf Jahren um nahezu 8 Prozent. Die Mehrzahl der Betriebe hatte auch im Wirtschaftsjahr 2003/2004 einen Rückgang der Unternehmensergebnisse zu verzeichnen. Dies betrifft insbesondere die Milchvieh- und Rinderhalter sowie Veredelungs- und Gartenbaubetriebe. Monatlich stehen je Arbeitskraft nur noch etwa 1 600 Euro brutto für Lebenshaltung, soziale Sicherung, Verzinsung des Eigenkapitals und die notwendigen Zukunftsinvestitionen zur Verfügung.

Das Einkommen der deutschen Landwirte in Wirtschaftsjahr 2003/2004 hat sich je nach Region und Betriebszweig unterschiedlich entwickelt. Während Ackerbaubetriebe ihren Gewinn je Unternehmen um 25 Prozent auf 42 115 Euro steigern konnten, mussten die Milchviehbetriebe einen Rückgang der Gewinne gegenüber dem Vorjahr um 7,8 Prozent auf 22 749 Euro hinnehmen. Die Veredelungsbetriebe verzeichneten ebenfalls einen Rückgang der Gewinne von 4,6 Prozent auf 25 481 Euro. Diese negative Einkommensentwicklung bei Milchvieh- und Futterbaubetrieben widerspricht damit dem Vorhaben der Bundesregierung, die Grünlandbewirtschaftung besonders zu fördern.

Das Gewinnniveau in den benachteiligten Gebieten ist mit 11 500 Euro/pro Jahr deutlich niedriger als in den anderen Gebieten. Die Gewinne je Unternehmen sind im Wirtschaftsjahr 2003/2004 um 3,7 Prozent (pro Hektar LF um 7,2 Prozent) gesunken. Ohne Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in diesen Gebieten besteht die Gefahr, dass sich die Landwirtschaft längerfristig zurückzieht. Die Auswirkungen für diese Gebiete, gerade im Bereich der Arbeitsplatzsicherung in der Landwirtschaft wären katastrophal, da knapp die Hälfte der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe dort angesiedelt ist.

Im Landwirtschaftsgesetz ist das Ziel der Teilnahme der Landwirtschaft an der allgemeinen Einkommensentwicklung festgeschrieben. Dieses Ziel wurde verfehlt, da 82 Prozent der Haupterwerbsbetriebe den gewerblichen Vergleichslohn und damit die Anforderungen des Landwirtschaftsgesetzes nicht erreicht haben.

Die Veränderung der Nettowertschöpfung je Arbeitskraft stellt einen wichtigen makroökonomischen Indikator für die Einkommensentwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft in der EU-25 dar. Die Entwicklung dieses Wertes weist für Deutschland für die vergangenen Jahre eine negative Tendenz im Vergleich zu vielen anderen Mitgliedstaaten der EU-25 auf. Während Deutschland sich in der Rangliste der EU-25 im Jahr 2001 noch auf Platz drei befand, fiel es im Laufe von nur drei Jahren auf den 15. Rang zurück. Zu den Ursachen für die abnehmende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zählen die zurückhaltende Investitionstätigkeit aufgrund fehlender Perspektiven, die über EU-Richtlinien hinausgehenden nationalen Rechtsetzungen sowie die Abgabensteigerung bei der landwirtschaftlichen Krankenversicherung.

Die unterschiedliche Energiebesteuerung innerhalb der EU führt insbesondere für die deutschen Bauern zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen. Der Steuersatz für Agrardiesel liegt in Deutschland z. B. bei 25,56 Cent pro Liter – allerdings nur für die ersten 10 000 Liter, darüber hinausgehende Mengen haben einen Normalsteuersatz von ca. 47 c/l – und gehört damit mit Abstand zu den höchsten in Europa. Frankreich z. B. hat aufgrund der steigenden Ölpreise seinen ohnehin schon niedrigen Agrardieselsatz von 5,6 c/l für das 2. Halbjahr 2004 auf 1,66 c/l gesenkt und für 2005 verlängert. Auch in Österreich und Spanien wurden die Steuern für den Agrardiesel deutlich gesenkt – in Österreich um 20 c/l und in Spanien um 6 c/l.

Der Strukturwandel hat sich weiter verschärft. Hierbei ist eine Verlagerung der positiven Entwicklung der Betriebszahlen in die Gruppe über 100 ha LF erkennbar. Zwischen 2003 und 2004 waren besonders klein- und mittelbäuerliche Betriebe bis 50 ha LF vom Strukturwandel betroffen. Die Zahl der Betriebsaufgaben betrug 16 600 bzw. 5,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Innerhalb von drei Jahren gaben in dieser Größenklasse 13 Prozent bzw. 42 400 landwirtschaftliche Familien ihren Betrieb auf. Diese besorgniserregende Entwicklung spiegelt die Unfähigkeit der Bundesregierung wider, die von ihr beabsichtigte Erhaltung der Strukturen einer bäuerlichen Landwirtschaft und der Viehhaltung zu unterstützen.

Die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sind für den ländlichen Raum von zentraler Bedeutung. Jeder 9. Arbeitsplatz in Deutschland hängt an der Landwirtschaft und den ihr vor- und nachgelagerten Bereichen. Der sich verschärfende Strukturwandel in der Landwirtschaft in Verbindung mit den sich verschlechternden Wertschöpfungsbedingungen in der gesamten Agrarwirtschaft droht insbesondere im ländlichen Raum mehr Arbeitsplätze zu vernichten. Ohne eine leistungsstarke Landwirtschaft droht nicht nur die Verödung des ländlichen Raumes, sondern auch der Verlust der deutschen Kulturlandschaft.

Die Ziele der Bundesregierung werden auch im Bereich der ökologischen Landwirtschaft nicht erreicht. So sollte der Anteil der Ökobetriebe bis 2011 auf 20 Prozent der Gesamtbetriebe gesteigert werden, erreicht wurde bis 2004 ein Anteil von 3,9 Prozent. Das Einkommen der ökologisch wirtschaftenden Haupterwerbsbetriebe hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozent verbessert. Jedoch beruht der höhere Gewinn im Vergleich zu den konventionellen Betrieben im Wesentlichen auf den um 13 400 Euro/pro Jahr höheren staatlichen Transferzahlungen.

Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation in der Landwirtschaft konnten notwendige Erweiterungsinvestitionen von landwirtschaftlichen Betrieben bei einer bereinigten Eigenkapitalbildung von nur 2 696 Euro im Wirtschaftsjahr 2003/2004 nicht vorgenommen werden.

Die Nachfrage nach Fleisch aus Deutschland hat in den EU-Mitgliedstaaten in den vergangenen Jahren beachtlich zugenommen, so dass die Ausfuhren von deutschem Schweine- und Rindfleisch in die EU merklich ansteigen konnten. Die Exporte in Staaten außerhalb der EU sind dagegen im gleichen Zeitraum zurückgegangen, vor allem weil Einfuhrverbote wegen Ausbrüchen der Klassischen Schweinepest oder des Auftretens des ersten BSE-Falls in Deutschland im Jahr 2000 in zahlreichen Ländern erlassen wurden. Diese Einfuhrverbote bestehen noch heute, weil die Bundesregierung es bislang versäumt hat, den Wegfall der Begründungen dieser Importbeschränkungen hinreichend darzulegen und für neue Exportchancen zu werben.

Die Investitionstätigkeit in der Landwirtschaft bleibt weiterhin auf sehr niedrigem Niveau und dies nun schon bereits im vierten Jahr in Folge. Die Nettoinvestitionen im Wirtschaftsjahr 2003/2004 verringerten sich um 63 Prozent auf 1 290 Euro je Unternehmen. Dies ist ein klarer Hinweis auf die allgemeine Verunsicherung in der Landwirtschaft hinsichtlich ihrer Entwicklungsmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven. Ursachen hierfür sind die zunehmenden Wettbewerbsnachteile und die mangelnde Planungssicherheit in der deutschen Landwirtschaft.

Die Bundesregierung hat durch ihre Haushalts-, Finanz- und Agrarsozialpolitik, die weit überzogenen Umsetzungen der EU-Richtlinien, ihre Unflexibilität bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln und praxisfremde Auflagen bei deren Ausbringung, die Naturschutzgesetzgebung, die Aufblähung der Bürokratie und die einseitige Ausrichtung der Agrarpolitik auf den ökologischen Landbau die deutsche Landwirtschaft im europäischen Wettbewerb erheblich benachteiligt.

Der deutschen Fischerei fehlt es an verlässlichen Rahmenbedingungen, die ihr eine gesicherte Zukunftsperspektive eröffnen können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- generell bei der Ausgestaltung der Agrarpolitik Gesichtspunkte der Wettbewerbsverbesserung der landwirtschaftlichen Betriebe verstärkt zu berücksichtigen, damit die Einkommen in der Landwirtschaft sich im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen nicht noch weiter negativ entwickeln. Dazu gehört vor allem,
 - die Agrarpolitik von ideologischem Ballast zu befreien und für die deutsche Landwirtschaft Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sie sich auch unter den Bedingungen der EU-Erweiterung und des zunehmenden globalen Liberalisierungsdruckes positiv entwickeln und die berechtigten Anliegen der Gesellschaft an die Umweltleistungen der Landwirtschaft sowie die Gesundheits-, Verbraucher- und Tierschutzstandards erfüllen kann,
 - eine Verbesserung der Wettbewerbssituation für die deutsche Land- und Agrarwirtschaft in der EU zu erarbeiten, insbesondere eine harmonisierte Mineralölsteuer für landwirtschaftliche Betriebe, grundsätzliche 1:1-Umsetzung der EU-Richtlinien, deshalb u. a. Rückführung der Regelung für die Umweltverträglichkeitsprüfung und die Nutztierhalterverordnung; keine weiteren Belastungen für die deutschen Landwirte im Steuer- und Sozialversicherungsrecht,
 - den Abbau der Bürokratie voranzutreiben, insbesondere hinsichtlich einer rascheren und einfacheren Abwicklung von Förderprogrammen, eines einfacheren und konzentrierten Genehmigungsverfahrens z. B. bei den Immissionsvorschriften sowie Vereinfachungen im Pflanzenschutzrecht und Tierarzneimittelrecht,
 - grundsätzliche Überprüfung aller Maßnahmen bezüglich ihrer Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe;
- den ökologischen Landbau entsprechend den Marktgegebenheiten zu fördern. Eine Ausweitung der Produktion ohne entsprechende Nachfrage ist Planwirtschaft und schädigt insbesondere die schon bestehenden Betriebe;
- bei erneuerbaren Energien vor allem die effiziente Nutzung der Biomasse zu betreiben und das Schwergewicht der Förderung nachwachsender Rohstoffe auf die Markteinführung und Verbesserung der Effizienz zu legen;
- die Umsetzung aller innovativen Technologien der Landwirtschaft zu unterstützen. Die Biotechnologie als Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts, die einen Beitrag zum schonenden Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen leistet, darf als wichtige Innovationskraft in der Landwirtschaft nicht weiter behindert werden. Grüne Gentechnik sollte kein Tabuthema sein, sondern vor dem Hintergrund der Lebensmittelsicherheit und Effizienzverbesserung weiterentwickelt werden;
- die Forschung im Bereich der Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch zu verstärken;
- die Umsetzung der im Januar 2005 in Kraft gesetzten EU-Agrarreform nicht zu einer Benachteiligung der deutschen Landwirtschaft im Vergleich zu anderen EU-Staaten führen zu lassen. Daher muss insbesondere bei der Ausgestaltung der Cross Compliance und deren Kontrolle verhindert werden, dass es in Deutschland durch nationale Alleingänge zu weiteren Sonderbelastungen kommt;
- Maßnahmen zu ergreifen, die die Erhaltung einer flächendeckenden Landbewirtschaftung in Deutschland sichern und die Landwirtschaft als standorttreuen Kern für Wohlstand und Arbeitsplätze im ländlichen Raum umfassend zu fördern;

- die Landwirtschaft als einen der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in den benachteiligten Gebieten stärker als bisher zu berücksichtigen;
- bei allen agrarpolitischen Entscheidungen die Planungssicherheit für zukünftige Investitionen und ein Höchstmaß an Vertrauensschutz für zurückliegende Investitionen sicherzustellen;
- die Rahmenbedingungen für Milchviehbetriebe auf EU-Ebene und nationaler Ebene durch preisstabilisierende Maßnahmen zu verbessern:
 - Aussetzung der 1,5-prozentigen Quotenerhöhung
 - Flexible Anpassung der Quote an die Marktlage
 - Einstufung der Milch als „sensibles Produkt“ im Rahmen der WTO-Verhandlungen und
 - keine Einschränkung und kein Abbau der Unterstützung der privaten Lagerhaltung bei Butter und Magermilchpulver.
- bei der anstehenden Reform der Zuckermarktordnung auf eine Lösung zu drängen, die die Zuckerproduktion und -verarbeitung in Deutschland mittel- und langfristig aufrechterhält;
- auf EU-Ebene die Zulassung von Marker-Impfstoffen gegen Maul- und Klauenseuche und Schweinepest, sowie den Wegfall der Handelsrestriktionen, die bisher für den Fall des Impfens gelten, zu erreichen;
- einen konsequenten und sachlich begründeten Verbraucherschutz auf EU- und deutscher Ebene sicherstellen. Es muss abgewogen werden, was tatsächlich mehr Schutz und Sicherheit für den Verbraucher und nicht nur mehr Bürokratie und unnötige Kosten bringt;
- bei den laufenden WTO-Verhandlungen das europäische Landwirtschaftsmodell einer multifunktionalen Landwirtschaft zu sichern. Dazu gehören auch nicht handelsbezogene Anliegen, wie Verbraucher-, Tier-, Umweltschutz sowie Hygiene und Sozialstandards sowie die Berücksichtigung von sensiblen Produkten;
- verstärkt für eine Importöffnung für deutsche Fleischprodukte in Märkten außerhalb der EU, vor allem in Ostasien, zu sorgen, insbesondere durch den Abschluss entsprechender Veterinärabkommen und die aktive Aufklärung über geltende Qualitätsstandards;
- bei der EU auf eine Regelung hinzuwirken, die eine Einfuhr von Lebensmitteln aus mehrfach aufgefallenen Drittländern nur zulässt, wenn für jede Sendung repräsentative und belastbare Untersuchungsergebnisse vorgelegt werden, die die Sicherheit bestätigen;
- die Interessen der deutschen Fischerei auf der europäischen Ebene nachdrücklicher als bisher zu vertreten und sich dabei insbesondere für Folgendes einzusetzen:
 - Das Prinzip der nachhaltigen Nutzung von Fischbeständen ist auch von Drittländern einzufordern.
 - Die Regelungen der Gemeinsamen Fischereipolitik sind in allen Mitgliedstaaten vollständig umzusetzen und anzuwenden.
 - Die Plattfischschutzzone, die dem Schutz der Fischbestände dient und gleichzeitig die Fangmöglichkeiten der traditionellen Küstenfischerei sichert, ist unverändert zu erhalten.

- Die Ausweisung von NATURA-2000-Gebieten und die Planung von Off-shore-Windparks in der allgemeinen Wirtschaftszone (AWZ) muss auf der Basis eines gleichgerichteten Handelns der Nordseeanrainerstaaten erfolgen; zu einseitigen Einschränkungen und Wettbewerbsnachteilen der deutschen Fischerei darf es dabei nicht kommen.

Berlin, den 14. Juni 2005

Peter Bleser
Marlene Mortler
Gerda Hasselfeldt
Artur Auernhammer
Gitta Connemann
Helmut Heiderich
Ursula Heinen
Uda Carmen Freia Heller
Dr. Peter Jahr
Julia Klöckner
Helmut Lamp
Bernhard Schulte-Drüggelte
Kurt Segner
Jochen Borchert
Klaus Brähmig
Cajus Julius Caesar
Hubert Deittert
Thomas Dörflinger
Ernst Hinsken
Susanne Jaffke
Volker Kauder
Werner Lensing
Dr. Gerd Müller
Eduard Oswald
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
Dr. Klaus Rose
Anita Schäfer (Saalstadt)
Norbert Schindler
Georg Schirmbeck
Max Straubinger
Volkmar Uwe Vogel
Dr. Angela Merkel
Michael Glos und Fraktion

